

Haben wir genügend Hausärzte in Wiesbaden?

Mit dieser Frage beschäftigten sich die Teilnehmer und Gäste. Nicht nur Breckenheimer SPD-Mitglieder, auch Interessierte aus den benachbarten Stadtteilen nahmen an der Diskussion teil, ebenso Ortsvorsteher Bernd Scharf.

Die SPD-Stadtratsordnerfraktion und der Ortsverband Breckenheim hatten am 17. des Monats zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem Thema „Hausärztliche Versorgung in Wiesbaden“ ins Vereinshaus Breckenheim eingeladen.

Als Gesprächspartner konnten Dr. Daniela Sommer (SPD-Landtagsfraktion Waldeck-Frankenberg), Simon Rottloff (SPD-Stadtratsordnerfraktion), Regina Maas (Vorsitzende des Seniorenbereiches) und die „Hausärzte“ Dr. Matthias Linz und Dr. Holger Michaelisen (beide auch im Bezirksvorstand des Hausärzteverbandes, Wiesbaden tätig) gewonnen werden.

Nadine Ruf (Parlamentarische Geschäftsführerin) sprach Begrüßungsworte und gab zu bedenken, dass Wiesbaden zwar laut KV-Tabelle theoretisch „überversorgt“ (mit 110 %) sei. Das gelte aber leider nicht für's „Ländchen“. Dort werden immer weniger Hausarztpraxen verzeichnet.

was sich für die Bevölkerung eher als eine Unterversorgung darstellt. Die Gesprächsleitung hatte Simon Rottloff übernommen, der erklärte, dass die SPD in verschiedenen Orten Hessen unterwegs ist und in der Reihe „Fraktion im Gespräch“ zu Veranstaltungen einlädt, in denen bürgernahe Themen behandelt werden.

Auch Frau Dr. Sommer begrüßte die Teilnehmer an der Gesprächsrunde und das Publikum. Sie kommt aus einer ländlichen Region und kann die Probleme der Mediziner und auch der Bevölkerung nachvollziehen. Sie gibt zur Kenntnis, dass das Durchschnittsalter der Wiesbadener Hausärzte bei 55 Jahren liege. Deswegen kümmere sich die Politik (auf Bundesebene) hessenweit um eine Nachbesetzung. Jedes Jahr geben etwa 200 Hausärzte in Hessen ihre Praxen auf, aber nur 80 neue Ärzte lassen sich nieder.

Frau Maas kritisierte, dass es lange keine Gesundheitsreform mehr gegeben habe und bemängelte, dass man - trotz Übersversorgung - keinen Facharzt-Termin ohne eine Wartezeit von 6 bis 8 Wochen bekommt. Außerdem kritisierte sie, dass das Pflegefördergesetz so kompliziert verfasst sei, dass es kaum vom

Normalbürger verstanden werden könne.

Dr. Linz klärte darüber auf, dass die wenigsten Kollegen nur als Hausärzte tätig seien, denn viele hätten sich spezialisiert (z. B. als Diabetologe, Schmerzmediziner, Internist etc.). Die Statistik, die nur die Hausarztpraxen und Vollzeit-Mediziner (Ärztinnen arbeiten - aus familiären Gründen - oftmals auch halbtags in Gemeinschaftspraxen) auflistet, ist somit verfälscht.

FAZIT: Theorie und Praxis passen einfach nicht zusammen, hier müsste die Kassenärztliche Vereinigung, einschreiben! Die Bedarfsplanung muss dringend überarbeitet werden. Derzeit soll ein Hausarzt 1671 Einwohner betreuen. Breckenheim ist lt. Statistik mit drei Ärztinnen (mit 149 %) eigentlich „überversorgt“. Die Praxis sieht aber anders aus. Während die Kassenärztliche Vereinigung von Übersversorgung für ganz Wiesbaden spricht, gibt es in manchen Vororten (z. B. im benachbarten Igstadt) gar keinen Hausarzt mehr. Erfreulicherweise ist für Breckenheims Bewohner die „Hausärztliche Versorgung“ derzeit noch gewährleistet. Dank der drei engagierten Ärztinnen, die an Werktagen auch Hausbesuche machen, fühlt man sich als



Von links: Dr. Linz, Dr. Michaelisen, Simon Rottloff, Dr. Sommer und Regina Maas.

Schwerkranke gut „betreut“. Zum allgemeinen Verständnis wurde erläutert: Es ist eine ausreichende Anzahl an Medizinern vorhanden. Aber, „Studierende“ ergreifen nicht unbedingt den Arztberuf, sondern sie gehen in der Forschung, arbeiten bei den verschiedenen Me-

dien - z. B. als Fach-Journalisten - oder wandern sogar ins Ausland ab. Es entscheiden sich zu wenig Medizin-Studenten tatsächlich für „den Hausarzt“, weil ihnen diese Sparte einfach nicht lukrativ genug erscheint, wenn man die Kostenrechnung gegenüberstellt. Dies sei die mäch-

terne Erkenntnis aus Gesprächen mit Studenten. Somit sei die Politik (Bund, Länder und Kommunen) gefordert, man müsse das Landleben und die Selbstständigkeit attraktiver machen bzw. mehr finanzielle Erleichterungen bei einer Praxiseröffnung schaffen. RS